

Hanna Poddig

Klimakämpfe

»Wir sind die fucking Zukunft«

unrast transparent

bewegungslehre



Motive und Zielsetzungen – Appelle, Revolution, Transformation?

Bei aller Schwierigkeit beschreiben zu wollen, warum Menschen auf die Straße oder in die Kohlegruben gehen, lassen sich doch zwei grundverschiedene Ausrichtungen unterscheiden. Etwas platt formuliert handelt es sich dabei um die appellative und die revolutionäre Ausrichtung. Ganz eindeutig abgrenzen lassen die sich, so verschieden sie streng genommen auch sind, in der Praxis aber nicht und es gibt sicherlich auch noch Menschen, die sich eher nihilistisch oder hedonistisch oder noch ganz anders verorten würden. Dennoch hilft es bei der Betrachtung, die jeweiligen Forderungen verschiedener Akteur*innen, bezogen auf die obige Unterscheidung Appellpolitik vs. Revolution, unter die Lupe zu nehmen.

Die klassische Appellpolitik hat kein prinzipielles Problem mit den Strukturen des Staates. Der Grundgedanke ist, dass Politiker*innen alleine zwar nicht immer die richtigen Entscheidungen zu treffen in der Lage seien, eine kritische Öffentlichkeit dies jedoch korrigieren könne. Autoritäten werden nicht grundsätzlich in Frage gestellt, ihnen muss lediglich die Notwendigkeit diverser Kurskorrekturen verdeutlicht werden. Dazu werden Forderungen an Regierende gestellt.

Inwieweit zur Unterstreichung der Dringlichkeit dann auch ganz gezielt Gesetze übertreten werden können oder sogar müssen, ist unter den Vertreter*innen von Appellpolitik umstritten. Während es einigen wichtig ist, komplett legal zu agieren, nehmen andere beispielsweise Bußgelder in Kauf während wieder andere ganz gezielt und bewusst Straftaten begehen.

Der Begriff des ›Zivilen Ungehorsams‹, der in diesem Kontext oft benutzt wird, offenbart bei näherer Betrachtung auch genau das: also dass ein Zivilist, ein Staatsbürger (der also nicht Soldat oder Beamter ist), gegenüber dem Staat un-

gehorsam wird. Eine relativ frühe Schrift dazu ist Henry David Thoreaus Werk Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat in der er ausführt:

»Wenn aber das Gesetz so beschaffen ist, dass es notwendigerweise aus dir den Arm des Unrechts an einem anderen macht, dann, sage ich, brich das Gesetz. Mach' dein Leben zu einem Gegengewicht, um die Maschine aufzuhalten. Jedenfalls muss ich zusehen, dass ich mich nicht zu dem Unrecht hergebe, das ich verdamme.«

Es geht hier also nicht um ein grundlegendes Problem mit dem Staat oder Gesetzen, sondern mit bestimmten Gesetzen.

Im Gegensatz dazu begreifen Menschen mit revolutionärer und antiautoritärer Perspektive Regierungen strukturell als einen Teil des Problems. Wenn also die grundlegende Struktur so ist, dass das Problem von den darin agierenden und gefangenen Personen nicht gelöst, sondern nur verschärft werden kann, warum sollte an eine Regierung dann eine Forderung gestellt werden? Im Formulieren von Forderungen wird hier also ein grundlegendes Problem gesehen, weil es die Machtpositionen eher stärkt als sie grundlegend zu delegitimieren und aufzuzeigen, warum sie strukturell nicht der Lage sind, die Probleme zu lösen.

Die zugrundeliegende Analyse revolutionärer Ansätze ist dabei auch durchaus unterschiedlich. Während klassisch marxistische Ansätze das Vorhandensein von Privateigentum an Produktionsmitteln und die Absicherung dieses organisatorischen Grundpfeilers in den Mittelpunkt rücken, geht es anarchistischen Menschen oft eher um die Betrachtung ineinander verwobener Herrschaftsstrukturen. Damit ist gemeint, dass neben den Machtverhältnissen und Unterdrückungsstrukturen, die durch die Existenz und Ungleichverteilung von Eigentum entstehen, weitere, ebenso gravierende Unterdrückungsmechanismen bestehen. Sexismus und Rassismus sind Grundpfeiler auf denen dieses System ebenso

aufbaut und ohne deren Überwindung eine freie Gesellschaft unmöglich ist.

Es gibt dann auch noch einen dritten Begriff, der immer wieder genutzt wird: den der Transformation oder auch englisch >transition<. Manchmal wird dem noch ein >radikal< zugefügt. Bedauerlicherweise ist die Verwendung dieses Begriffs vor allem eins: unscharf. Manchmal ist damit tatsächlich eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Strukturen gemeint, die sich strategisch entscheidet den Begriff der Revolution wegen der damit verknüpften Assoziationen zu vermeiden, eigentlich aber eben genau das anstrebt. Manchmal wird von Transformation gesprochen, weil der Weg zu einer grundlegend anderen Welt nicht über eine aufständische Massenerhebung erreicht werden, dennoch aber allumfassend und >an die Wurzeln gehend< sein soll. Manchmal soll der Kapitalismus erhalten, aber zu einem grünen Kapitalismus transformiert werden. Und dann gibt es auch noch jene, die den Begriff verwenden, weil er so schön akademisch klingt und den Sprechenden ermöglicht, vor der Auseinandersetzung mit der Frage, wie sie zum aktuellen System stehen, schwammig davonzulaufen. Da werden Machtfragen einfach ausgeklammert, Besitzverhältnisse totgeschwiegen. Dann wird etwas Rosmarin im städtischen Balkonkasten zu einer zwar nicht revolutionären, aber eben doch transformativen Praxis erklärt. Auf *degrowth.info* finde ich beispielsweise folgenden Text:

»Dabei entstehen auch neue Konzepte und Stile von Politik. Politik manifestiert sich heute weniger in Theorien, Verlautbarungen, Forderungen und utopischen Formulierungen, sondern in den neu entstehenden Räumen selbst sowie in dem dort stattfindenden transformativen Handeln: im Gärtnern, Kochen, Lebensmittelretten, Machen, Reparieren, Umbauen, Wiederverwerten, Öffnen. Der neue Stil des Politischen besteht darin, die Welt zu reparieren, also praktisch zu transformieren. Nicht mehr Kritik ist der dominierende Modus der

Resonanz auf das, was anders sein sollte, sondern Diagnose des Problems, Ideen zur Behebung und praktische Umsetzung – und das alles nicht allein, sondern gemeinsam mit anderen, mit vielen anderen. Man fühlt sich zuständig und >übernimmt.< <<

Ich finde es bestimmt nicht falsch, zu reparieren und kollektiv zu gärtnern, aber ersetzen sollte es weder die theoretische Kritik noch handfeste Widerständigkeit, sondern diese ergänzen. Wichtig im Kopf zu behalten ist: An der Aktionsform allein lässt sich die zugrundeliegende Überzeugung in den seltensten Fällen ableiten. Eine Demo genau wie eine Kohlebaggerbesetzung können appellative Ziele haben oder einer revolutionären Idee entsprungen sein. Mit einem Streik kann ich bessere Arbeitsbedingungen im Hier und Jetzt erkämpfen oder im Rahmen eines Generalstreiks einen ganzen Staat gezielt lahmlegen. Zudem können auch Menschen mit unterschiedlichen Überzeugungen gemeinsam Aktionen machen, was zwar immer wieder zu Konflikten führt, aber die sind ja auch nicht per se schlecht.

Exkurs:

Gewaltfreiheit und was es (nicht) bedeutet

Wenn wir Berichte über politische Aktionen oder Aufrufe zu Kampagnen lesen, heißt es immer wieder, die Aktionen seien gewaltfrei. Als Teenagerin hat mich das angesprochen. Intuitiv erschien mir das irgendwie richtig. Doch mit der Zeit hat sich meine Meinung dazu deutlich geändert.

Das hatte verschiedene Gründe. Zum einen hatte ich das Gefühl, dass mir niemand überhaupt sagen konnte, was konkret mit Gewaltfreiheit gemeint war. Alle schienen davon auszugehen, dass irgendwie das Gleiche gemeint sei. Der Begriff wurde benutzt, damit sich Menschen wohl und sicher fühlten, ohne dass eine Definition von Gewalt für nötig erachtet wurde. Auf Internetseiten der Gruppen stehen nur schwammige Formulierungen und wenn ich nachfrage, sind sich die Aktiven

uneinig. Ich verstand langsam, dass der Begriff für viele einen wichtigen Teil ihrer politischen Identität ausmachte, unantastbar war. Aber reflektiert oder definiert wurde er selten.

Dann erlebte ich, dass das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit benutzt wurde, um sich von anderen abzugrenzen. Was zunächst nachvollziehbar erscheint, ist aus meiner Sicht mehr als kritisch, denn in der Praxis bedeutete diese Abgrenzung oft die öffentliche Diskreditierung anderer politischer Akteur*innen. Ihnen wird die Nutzung von Gewalt explizit oder implizit vorgeworfen, während gleichzeitig die Gewalttätigkeit dessen, wogegen wir eintreten verschwiegen oder jedenfalls nicht explizit als Gewalt benannt wird. Abgebrannte Grenzstationen, gesprengte Baustellen von Abschiebeknästen, klandestin zerstörte Gentechnikfelder und sogar Barrikaden aus Holzstämmen auf Schienen, Blockaden bei denen Angekettete anonym zu bleiben versuchten oder entfernter Schotter unter den Schienen galten schon als nicht gewaltfrei.

Wenn ich die Welt um mich herum betrachte und feststelle, dass vieles nicht so läuft, wie ich es mir wünschen würde und sehr vieles passiert, was ich für unvertretbar halte, dann stellt sich mir die Frage, was das nun für mich bedeutet. Ich habe Wahlmöglichkeiten. Ich kann entweder weggucken und fliehen oder mich in irgendeiner Form mit der Sachlage auseinandersetzen. Wenn ich mich entschieden habe, aktiv zu werden, muss ich mich als nächstes fragen, was ich tun kann. Aus den unendlich vielen verschiedenen Möglichkeiten, die ich habe, wähle ich dann die aus, die mir in diesem konkreten Einzelfall strategisch sinnvoll erscheinen. Wenn ich Streit mit meiner Nachbarin habe, werde ich den vermutlich nicht durch eine Sitzblockade vor ihrem Auto austragen. Wenn ich mich über die Lokalzeitung ärgere, wende ich mich nicht mit einem offenen Brief an das Europaparlament. Stattdessen betrachte ich die konkreten Gegebenheiten des Einzelfalls und überlege, was sinnvolle Ansatzpunkte in dem Konflikt sein könnten.

Ich stelle mir die Frage, welches Eskalationsniveau ich für angemessen halte.

Traurigerweise passiert genau das in politischer Bewegung oft nicht. Auf Dinge die passieren antworten verschiedene Kontexte mit den immer gleichen und berechenbaren Aktionsformen. Ritualisiert reagieren große Verbände mit Großdemos und autonome Kreise mit Aufrufen zur militanten Gegenwehr.

Aber es geht auch anders: Wenn indische Bauern, die in Knebelverträgen an Gentechnikkonzerne gebunden sind, aus Protest gegen gentechnikbedingte Ernteausfälle die Entscheidung treffen, ihre eigenen Felder – statt die Baumwolle zu ernten – anzuzünden, dann setzen sie damit in meinen Augen ein beeindruckendes Zeichen. Eine gravierende und sicherlich wohl überlegte Handlung, die ein Signal setzt und Bilder produziert, die in der Lage sind, Inhalte zu vermitteln. Drastisch, aber strategisch. Warum ich dieses Beispiel wähle? Weil viele gewaltfreie Aktivist*innen im deutschsprachigen Raum Brandstiftungen für grundsätzlich nicht gewaltfrei erachten. Es ging in einigen Fällen soweit, dass Menschen bei Sitzblockaden gesagt wurde, sie sollten keine Lagerfeuer anzünden, um sich zu wärmen und diese sogar gelöscht wurden.

Wenn die indischen Bauern nun ihre eigenen Felder anzünden, ist das dann gewaltfrei? Wäre das Kriterium, das diese Aktion gewaltfrei macht, dass sie dabei offen auftreten? Dass sie Gesicht zeigen? Dass es sich um ihre eigenen Felder handelte? Wenn wir das bejahen, einem nächtlichen, geheim durchgeführten Brandanschlag auf fremdes Eigentum jedoch absprechen, gewaltfrei zu sein, was bedeutet das dann für unser Verständnis von Gewalt? Erheben wir damit tatsächlich das Eigentumsrecht zum Kriterium für Gewalt? Und wie ließe sich das rechtfertigen in einer Welt, in der Eigentum und Besitz derart ungleich verteilt sind? Oder geht es um das Heimliche? Zweifelsohne vermittelt eine Aktion zu der sich Menschen offen bekennen ein anderes Bild, aber wäre das unerkannt Weggehen tatsächlich Gewalt?

Was enorm bei der politischen Orientierung helfen kann, ist zu wissen: Wenn Menschen von Gewaltfreiheit reden, meinen sie damit oft eine ganze Reihe an Verhaltensweisen von denen viele mit der Anwendung von Gewalt unstrittig überhaupt nichts zu tun haben. Sie meinen das Gesicht Zeigen. Sie meinen das Angeben der eigenen Personalien, wenn die Polizei danach fragt. Sie meinen, sich verhaften zu lassen. Sie meinen, sich im Gerichtsprozess auf Notstandsrechte zu beziehen, grundsätzlich aber nach den vorgegebenen strafprozessualen Regeln zu agieren. Sie meinen damit, höflich zu Soldat*innen, Polizist*innen und Richter*innen zu sein. Statt diese Diskussion jedoch inhaltlich zu führen, wird Abweichung als >nicht gewaltfrei< und damit implizit als Gewalt kategorisiert.

Im November 1986 ohrfeigte Beate Klarsfeld den damaligen Bundeskanzler Kiesinger, um dessen Nazivergangenheit zu thematisieren. Sie hatte dies öffentlich getan, zuvor angekündigt und ein halbes Jahr lang geplant. Es war Teil einer umfangreichen Kampagne zur Aufdeckung der Nazivergangenheiten diverser deutscher Nachkriegspolitiker. Spektakulär und aufsehenerregend. Wollen wir uns von solchen Aktionen tatsächlich kategorisch distanzieren?

Weitergedacht lande ich bei Hitlerattentaten und persönlichen Notwehrreaktionen und komme immer mehr zu dem Schluss, dass mir die Kategorie >gewaltfrei< schlicht nicht hilft. Einfach weil die Wahl eines angemessenen Mittels nicht ohne den Kontext betrachtet werden kann. Und je nachdem, was vorausgegangen ist und welches Eskalationsniveau erreicht ist, sind eben unterschiedliche Aktionsformen adäquat.

Doch nicht nur bewegungsintern gibt es die Gewaltdebatte, auch von außen wird die ein oder andere Form des Widerstands immer wieder als Gewalt betitelt, um die Bewegung in vermeintlich legitime und illegitime Teile zu spalten. Es sei Gewalt, etwas zu tun, was den Arbeitnehmer*innen in der Kohleindustrie ihren Job wegnehmen könne, argumentieren die Kohlekonzerne. Und es sei Gewalt, auf der Straße zu sitzen

und Autos zu blockieren, so die Gerichte. Auch hier stellt sich wieder die Frage nach dem Gewaltbegriff und vor allem aber die Frage, welche Gewalt hier totgeschwiegen wird. Ist es keine Gewalt, wenn Menschen ihre Häuser verlassen müssen? Dörfer und Landschaften zerstört werden? Massenhaft Tierarten aussterben? Wenn Inseln im Meer versinken, weil der Sand abgebaggert wird und der Meeresspiegel steigt? Ist nicht auch dieser Gewaltbegriff unglaublich verlogen?

Grundsätzlich glaube ich, dass unsere Aktionen dann am schlagkräftigsten sind, wenn wir sie aus tiefster Überzeugung machen. Wenn wir nicht teilnehmen, weil wir sonst ein schlechtes Gewissen hätten, sondern selbstbestimmte Akteur*innen sind. Wenn wir an die Sinnhaftigkeit dessen was wir tun glauben und daher authentisch auftreten können, statt einer externen vermeintlich bestehenden moralischen Pflicht hinterher zu rennen.